

Lokalpolitik in Köln: Ävver bitte mit Jeföhl!

In Köln reißt man intakte Häuser ab. Für Neubauten fehlt dann das Geld. Immer mehr Bürger laufen jetzt Sturm gegen die rheinische Hobbypolitik

Die Städte bluten aus. Immer mehr Kommunen stehen vor dem Bankrott und legen in ihrer Not radikale, ja selbstzerstörerische Sparprogramme auf. Was bedeutet das für die Identität dieser Städte? Was sind sie noch, wenn man Kultur und Kunst einspart und die sozialen Leistungen zusammenstreicht? Und was bedeutet diese Krise für die Demokratie? Schließlich nehmen die Bürger den Staat vor allem vor der eigenen Haustür wahr, in ihrer Stadt.

"Alle Alaaf", "Dat Hätz vun d'r Welt", "Ene Besuch em Zoo" - wohl keine andere Metropole stellt ihren Dialekt derart penetrant aus, fast alle Werbeplakate verkünden während des Karnevals ihre Slogans auf Kölsch. So bittet die Stadt ihre Autofahrer mit dem Spruch "Ävver bitte, bitte mit Jeföhl!" um maßvolles Trinken, und ein Kleiderladen verspricht "Jetz givvet Prozente". Nun soll hier auf keinen Fall modebewussten Menschen das Recht auf heimatliche Mundart verboten werden, aber direkt neben "Starfucks"-T-Shirts mit erigiertem Penis wirkt solch ein dialektales Prozente-Schild schon recht bräsig-provinziell.

Um Prozente, Provinzialität und Bräsigkeit geht es momentan auch in der Kölner Kulturpolitik. Es muss gespart werden. Überall. Das wissen auch alle. Schließlich hat Köln mehr als drei Milliarden Euro Schulden. Im Haushalt klafft ein Loch von unfassbaren 540 Millionen Euro. Die Frage ist nur, wie man darüber abstimmt, was eingespart wird. Und wie man das dann den Bürgern vermittelt.

Die sind mittlerweile so sauer, so verbittert und aufgewühlt, dass sie . . . aber Moment, wir müssen die Berichterstattung hier kurz unterbrechen, gerade kommt ein Karnevalswagen um die Ecke, wie ihn die Stadt noch nicht gesehen hat: Inmitten all der immergleichen Rosenmontagsgefährte mit Merkel, Guido, Ärschen, Busen winken die Künstler Rosemarie Trockel, Gerhard Richter und Sigmar Polke als Puppen von einem Wagen, auf dem sich ansonsten ein Modell des Schauspielhauses dreht und an dem ein von Rosemarie Trockel gestrickter Schal mit dem Slogan "Ihr seid Künstler und wir nicht" hängt. Aus den Karnevalskneipen der Stadt schallt das gleichnamige Lied, dessen Text ein Frontalangriff gegen die Ignoranz und Selbstgefälligkeit der Stadtvorderen ist:

"Ihr seid Künstler und wir nicht, eure Ahnung, die hamn wir leider nicht. Doch schon bald habt ihr uns beigebracht, wie man aus Köln einen Haufen Scheiße macht."

Der Künstler Merlin Bauer, einer der Initiatoren dieser Aktion, sagt drei Tage vor Rosenmontag, während er in seiner Wohnung Kartons für Trockel-Schals faltet, er und seine Freunde wollten mit diesem Wagen "der Verwaltung zeigen, dass die in solch dramatischen Zeiten nicht mehr einfach so weiterdilettieren kann."

Nun sind es nicht nur ein paar renitente Künstler, die gegen Kulturkürzungen aufbegehren: Erst vor kurzem warnten einige große Versicherungsunternehmen wie Generali und die Gothaer davor, den Kulturetat der Stadt weiter runterzufahren. Köln verliere sein Alleinstellungsmerkmal, hieß es, Microsoft habe sich hier wegen des vielfältigen Kulturangebots angesiedelt. Und dieses Angebot wird ohnehin dünner: Die Kunstszene, einst die reichste, lebendigste, vielfältigste in Europa, ist bitterlich abgemagert, viele Künstler sind nach Berlin gegangen, Galerien wurden geschlossen. Die Kunsthalle, die man so lange verwahrlosen ließ, bis man sie 2002 abreißen konnte, wird wohl auch nicht neu gebaut. Für das Projekt gilt in diesen Zeiten Rilkes Satz: "Wer jetzt kein Haus hat, baut sich keines mehr." Das stammt aus dem Gedicht "Herbsttag", mittlerweile aber ist tiefster Winter: Da können die noch bestehenden Häuser froh sein, wenn sie halbwegs am Laufen bleiben.

Nun könnte man klagen über die groteske Fehlkonstruktion der Kommunenfinanzierung: Sie hängen auf Gedeih und Verderb ab von den Gewerbesteuererinnahmen, die im Zuge der Finanzkrise ins Bodenlose fallen. Gleichzeitig haben die Städte - aufgrund dieser Krise und steigender Arbeitslosenzahlen - explodierende Sozialausgaben. Diese skandalöse Konstruktion lässt momentan viele Städte richtiggehend absaufen.

Der Kölner Oberbürgermeister Jürgen Roters muss die Ausgaben um bis zu 12,5 Prozent kürzen. Und probiert jetzt in seiner Not das, was alle gerade machen: Müllabfuhr, Straßenreinigung, alles wird teurer. Roters plädierte als Erster dafür, den Solidarpakt Ost für einige Jahre aufzuheben. Und der SPD-Fraktionschef Martin Börschel will die Hotels, die ja soeben von der FDP reich beschenkt wurden, mit einer "Kulturförderabgabe" belasten, schließlich würden die Hotels von all den Touristen profitieren, die wegen der Kultur nach Köln kämen. Leider sind das nicht mehr allzu viele: 80 Prozent der Gäste besuchen die Stadt heute wegen irgendwelcher Messen.

Als sich Köln um den Titel der Kulturhauptstadt bewarb, kutscherte man die verdutzte Auswahljury in einer Schokobimmelbahn durch die Stadt und drückte

ihr am Ende einen Domstein mit Bananengraffiti in die Hand, ganz so, als wolle man eine provinzielle Karnevalsdelegation mit einer Handvoll Bonbons abspeisen. Als Köln in der Endauswahl dann Essen unterlag, war der Schreck doch groß. Das saß. Auch als Folge dieses Schocks wurde beschlossen, den Kulturretat, der mit 3,1 Prozent weit niedriger lag als bei den meisten anderen deutschen Großstädten, Jahr für Jahr um ein halbes Prozent anzuheben. Ein Kulturentwicklungsplan wurde in Auftrag gegeben, der Kulturdezernent Georg Quander berief Karin Beier als Schauspielintendantin.

So viel zur Verteidigung der Stadt. Gleichzeitig kann man gerade am Schauspiel gut festmachen, warum es in Köln auch um selbstverschuldetes Krisenmanagement geht. Das Schauspielhaus soll abgerissen und ein paar Meter weiter neugebaut werden. Das Ganze sollte maximal 230 Millionen Euro kosten, es wurde aber schnell bekannt, dass sich die Kosten auf mindestens 364 Millionen belaufen würden, auch weil rätselhafterweise keinerlei Haustechnik eingeplant und von einem Bau auf der grünen Wiese ausgegangen worden war.

Nun kann die Stadt Köln, die ja Wert auf ihre reiche Tradition legt, auch in Sachen Kostenexplosionen auf eine reiche Geschichte zurückblicken: Die Skandal-U-Bahn, die unter dem zerstörten Stadtarchiv langläuft, kostet statt der veranschlagten 500 Millionen mehr als eine Milliarde, und auch der Bau des Rautenstrauch-Joest-Museums hat sich um 50 Prozent verteuert. Nach dem Entsetzen über den Einsturz des Archivs und angesichts leerer Kassen konnte der damalige Oberbürgermeister Fritz Schramma den teurer gewordenen Neubau des Schauspiels aber nicht durchwinken, sondern schickte die Planung zurück an den Start. Was aber tat der Stadtrat? Er beschloss einfach erneut den Neubau, diesmal für 295 Millionen, in einer nächtlichen Sitzung, mit schütterer Mehrheit.

Man wollte diesen Neubau unter anderem, um die Betriebseinrichtungen der verschiedenen Bühnen in einem Gebäude zusammenzuführen. In der Billigversion des Neubaus aber wird es keine Werkstätten geben, keinen Orchesterprobenraum, keine Gastronomie und keinen Ort für das Ballett, also all die Dinge, wegen derer ein Neubau als unumgänglich bezeichnet wurde. Wäre es da nicht sinnvoller, das bestehende Haus zu sanieren? Das steht unter Denkmalschutz und ist, zusammen mit dem Opernhaus und den Opernterrassen, 1957 bis 1962 nach Plänen Wilhelm Riphahns realisiert, eines der schönsten Ensembles der Stadt. Der Neubau hingegen sieht in den Plänen aus wie eine Karstadthalle auf Steroiden, ein deprimierend einfallloser Billigheimerkasten aus Glas, Resopal und Geltungssucht. Noch dazu wäre die Sanierung des Hauses, je nach Berechnung, zwischen 38 und 115 Millionen Euro billiger als der Neubau des Kummerkastens.

Die Antwort der Kölner Kulturpolitik auf all diese Argumente klingt nach Radio Eriwan: Im Prinzip stimmt das alles, aber wenn wir den Plan jetzt wieder umschmeißen, würde das doch provinziell wirken, war doch nun mal beschlossene Sache. Nun ja, möchte man einwenden, es war auch beschlossene Sache, dass die Weltwirtschaft weiter wachsen möge, was sie dann aber 2009 nicht mehr tat.

Nun wäre Köln nicht Köln, wenn nicht zeitgleich mit dem irrationalen Neubaubeschluss auch noch bekannt geworden wäre, dass der künstlerische Etat von Oper und Schauspiel um 12,5 Prozent gekürzt wird, das wären 6,5 Millionen, ein Todesurteil auf Raten. Das Gute an der Krise aber ist: Die finanzielle Not im Verein mit der arroganten Bräsigkeit der Verwaltung und dem Schock über den Archiveinsturz haben bei den Kölnern, die seit Jahren in einer Art "Frustrationsvakuum" (Merlin Bauer) leben, den Zorn geweckt. Oder sollte man sagen: den Bürgersinn? Jedenfalls haben sich Initiativen wie "Köln kann auch anders" und der "Kölner Kommentar" gegründet, die nun gemeinsam mit der Stadttrevue eine öffentliche Debatte über Kölns Zukunft führen, um dem so skandalösen wie für die Stadt beschämenden und hochgradig schädlichen Filz aus Politik und Wirtschaft etwas entgegenzusetzen.

Bauers Karnevalswagen gehört zu diesen Aktionen, er war ein PR-Coup, um auf ein Bürgerbegehren zur Rettung des Schauspielhauses aufmerksam zu machen. Das scheint geklappt zu haben: Bislang haben bereits rund 12 000 Menschen unterschrieben. 30 000 müssen es bis Mitte März werden. Man kann der Stadt nur wünschen, dass sie diesmal auf ihre Bürger hört. Und man kann Deutschland nur wünschen, dass auch Kommunalpolitiker in einer Großstadt mit fast einer Million Einwohnern endlich Berufspolitiker sein dürfen. Schließlich kann man am Kölner Hobbypolitikverein sehen, wie fatal es ist, wenn Politik nebenher gemacht wird.

ALEX RÜHLE